

Stand: 06.05.2024 21:22:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/24737

"Erhöhung und Dynamisierung bei Pendlerpauschale und Freibeträgen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/24737 vom 27.10.2022
2. Beschluss des Plenums 18/24761 vom 27.10.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 125 vom 27.10.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm** und
Fraktion (AfD)

Erhöhung und Dynamisierung bei Pendlerpauschale und Freibeträgen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Erhöhung und Dynamisierung der Pendlerpauschale einzusetzen. Dabei soll es im ersten Schritt zu einer Erhöhung auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer, rückwirkend ab dem 1. Januar 2022, kommen. Im zweiten Schritt soll die Pendlerpauschale ab dem Jahr 2023 unter Verwendung eines geeigneten Index dynamisiert werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auch bei Freibeträgen, wie z. B. beim Grundfreibetrag, beim Sparer-Pauschbetrag oder bei der Erbschaftsteuer, für das oben genannte Vorgehen der sofortigen Erhöhung und anschließenden Dynamisierung einzusetzen.

Begründung:

Die außerordentlich großen Preissteigerungen bei Energie und Kraftstoffen erhöhen nicht nur die Einnahmen des Staates, sondern sind auch Konsequenz einer Politik der gezielten Verteuerung von Energieträgern aller Art. Der Anstieg der Kraftstoffpreise hängt nicht zuletzt mit einer aggressiven CO₂-Bepreisung zusammen. Die Folgen dieser gezielten Verteuerung spürt jeder Bürger an der Zapfsäule und – die Inflation lag im September 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat bei 10 Prozent – in allen Bereichen des Lebens.¹ Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage und der Gemeinschaftswährung, die eine signifikante Erhöhung des Hauptfinanzierungssatzes unmöglich macht, wird die Inflation in Deutschland noch bis ins Jahr 2024 stark erhöht bleiben.

Die Politik muss diesem Umstand sofort Rechnung tragen. Denn Menschen, die mit dem Auto zur Arbeit fahren und den Wohlstand des Landes erwirtschaften, sollen unter keinen Umständen die Hauptlast der verfehlten Europa-, Bundes- und Landespolitik tragen. Ein erster Schritt ist eine sofortige und rückwirkende Erhöhung der Pendlerpauschale auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer. Dies ist notwendig, um die bereits seit 2021 anziehende Inflation bei Kraftstoffen auszugleichen. Danach folgt die Dynamisierung der Pendlerpauschale ab dem Jahr 2023, um die zu erwartende hohe Inflation der kommenden Jahre abzufedern.

Analog zur Erhöhung und Dynamisierung der Pendlerpauschale sollen Freibeträge, bspw. der Grundfreibetrag oder der Freibetrag bei der Erbschaftsteuer, rückwirkend erhöht und dynamisiert werden. Die Staatsregierung muss sich hier für die bayerischen Bürger beim Bund einsetzen.

¹ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/inhalt.html>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/24737

Erhöhung und Dynamisierung bei Pendlerpauschale und Freibeträgen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Gerald Pittner

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Markus Plenk

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Dr. Markus Bächler

Abg. Harald Güller

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Michael Hofmann

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Neuausrichtung der Pendlerpauschale ([Drs. 18/24637](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD)

Erhöhung und Dynamisierung bei Pendlerpauschale und Freibeträgen ([Drs. 18/24737](#))

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Gerald Pittner von den FREI-EN WÄHLERN das Wort.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es geht wieder ums Geld. Ja, wir richten den Finger wieder auf Berlin. Einnahmen aus der Mehrwertsteuer sind nicht unlauter, wie gerade behauptet wurde. Wir zielen mit unserem Antrag hinsichtlich der Pendlerpauschale – eigentlich heißt es ja Entfernungspauschale – genau in diese Richtung und wollen praktische Verbesserungen für die Bürger erreichen. Der Herr Staatsminister hat es gerade gesagt: Nicht nur die Eisenbahnunternehmen kommen mit ihren Energiekosten nicht mehr zurecht, es geht auch vielen und immer mehr Bürgern so. Genau deswegen wollen wir die Entfernungspauschale auf eine neue Grundlage stellen und sie zukünftig indexieren.

Millionen Menschen in Bayern müssen zur Arbeit pendeln, weil die Wohnkosten in den Metropolregionen zu hoch sind oder weil es auf dem flachen Land nicht in jedem Ort,

in jeder Ortschaft und in jedem Dorf eine adäquate Arbeitsstelle gibt. Die Menschen machen das ja nicht freiwillig. Nein, sie müssen es tun. Sie müssen es tun, um Geld zu verdienen. Sie müssen es tun, um unsere Gesellschaft aufrechtzuerhalten.

Wir haben in der Vergangenheit in vielen Fällen mit der Gießkanne Geld verteilt. Das war oft richtig und manchmal sicherlich auch ordnungspolitisch falsch, aber es hat schnell geholfen. Jetzt wollen wir, die FREIEN WÄHLER und die CSU, gerade denjenigen helfen und gerade diejenigen unterstützen, die tagtäglich das Geld benötigen, um zur Arbeit zu fahren, weil sie keine andere Möglichkeit haben. Auf dem flachen Land hat man halt keine andere Möglichkeit. Man kann auch nicht in jedes Dorf eine U- oder Trambahn bauen; das wäre sogar ökologischer Quatsch. Da ist das Auto als Individualverkehrsmittel die weitaus bessere Lösung. Die Energiekosten sind jetzt aber gestiegen, die Pendlerpauschale ist im Wesentlichen seit 2004 unverändert geblieben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

2004 ist sie mit 30 Cent eingebracht worden; damals betrug der Benzinpreis pro Liter 1,09 Euro. Anfang dieses Jahres waren es 1,93 Euro; da müsste die Pendlerpauschale auf 53 Cent steigen, um alleine die Benzinkosten zu ersetzen. Damit sind aber die ganzen Fahrtkosten bei Weitem noch nicht gezahlt, weil man für das Auto, die Versicherung etc. noch etwas bezahlen muss. Das heißt: Hier müsste dringend etwas passieren. Es kann doch nicht sein, dass ein Bürger, der einen weiteren Weg zur Arbeit hat, für den er selbst meistens gar nichts kann, netto weniger hat als ein anderer, der zufällig in der Landeshauptstadt München wohnt und mit der S-Bahn kostengünstig zum selben Preis zur Arbeit kommt wie vor einem Jahr.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Stimmt es nicht?

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Doch!)

Wir wollen doch gleiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land für alle haben. Genau das ist das Ziel unseres Antrags. Deswegen möchte ich Sie bitten, diesem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vorhin hat eine Kollegin – ich kann es nicht wörtlich zitieren – sinngemäß gesagt: Wenn sich Arbeit nicht mehr lohnt, schadet das dem sozialen Zusammenhalt, der Wirtschaft und unserer Gesellschaft. – So ist es.

Wir haben Anfang des Jahres einen Antrag der AfD-Fraktion unter ganz anderen Bedingungen abgelehnt. Am 24.02. hat der verbrecherische Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine begonnen. Die Verhältnisse haben sich komplett gewandelt. Energie ist eine Waffe geworden. Wir müssen mit unseren demokratisch möglichen Mitteln dagegen vorgehen und darauf antworten. Die Pendlerpauschale betrifft den aktiven Teil der Bevölkerung, stützt diesen und wird zu einer Minderung der Nachteile führen, die sich aus dieser Situation ergeben. Genau deswegen müssen wir das machen. Ich weiß, dass das ordnungspolitisch gewisse Nachteile hat – Indexierung etc. Das ist nicht unbedingt eine saubere Lösung. Aber ungewöhnliche Situationen erfordern ungewöhnliche Maßnahmen. Dies ist eine ungewöhnliche Situation.

Die AfD-Fraktion hat einen Dringlichkeitsantrag nachgezogen, der im Wesentlichen den Antrag vom Jahresanfang wiederholt und zusätzlich fordert, dass bei sämtlichen Freibetragsregeln ebenfalls eine Indexierung eingeführt wird: bei der Erbschaftsteuer, beim Sparerpauschbetrag etc. – Dem können wir auf keinen Fall zustimmen. Das würde der Inflation Tür und Tor öffnen. Abgesehen davon haben die verschiedenen Pauschbeträge verschiedene Funktionen. Ohne Weiteres möchte ich nicht jeden Freibetrag pauschalisieren. Schließlich ist der Gesetzgeber dafür verantwortlich, was er gern in das Gesetz reinschreiben möchte und welche Pauschbeträge er für richtig hält. Das ist manchmal auch eine Frage der Ideologie. Deswegen ist der Dringlichkeitsantrag auf jeden Fall abzulehnen.

Insgesamt bin ich und sind wir FREIE WÄHLER der Meinung, dass unser Dringlichkeitsantrag gut ist. Er muss sich leider wieder an die Ampelkoalition in Berlin richten, weil sie für dieses Gesetz zuständig ist. Wir hätten das gerne in Bayern gemacht. Ich glaube, da sind wir uns einig. Aber ich fürchte, da werden wir bundesweit nicht auf erwartungsfrohe Ohren stoßen. Deswegen müssen wir den Dringlichkeitsantrag an Berlin richten. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Pittner. – Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor; die erste kommt von Herrn Abgeordnetem Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Pittner, Sie haben soeben gesagt, dass das nicht unredlich, unanständig oder ehrlos sei – "unlauter", so könnte man es in ein Wort fassen –, wenn bei einer durch Regierungspolitik und Parteipolitik selbst verursachten, mitverschuldeten Teuerung, die zu exorbitanter Teuerung bei Preisen für die Deckung der Grundbedürfnisse des täglichen Lebens führt – das sind die Nahrungs- und Genussmittel, die den täglichen Lebensbedarf bedienen müssen –, ein hoher Gewinn für den Haushalt gezogen wird und dann nicht einmal in Erwägung gezogen wird, wie man das dem Bürger zurückgeben könnte, damit er sein Leben fristen kann. Da muss ich sagen, dass mir Ihr Einwand sehr seltsam vorkommt. Ich hoffe, Sie wissen jetzt, was "unlauter" bedeutet.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Da können Sie sicher sein. Herr Kollege Swoboda, Sie haben mir nicht zugehört, was mich nicht weiter wundert, oder mich nicht verstanden. Das könnte ich auch nachvollziehen.

Erstens zielt unser Antrag darauf ab, etwas zurückzugeben, eben weil zum Beispiel die Steuern gestiegen sind. Das steht in unserer Begründung drin. Das habe ich aufgrund der Kürze der Zeit nicht extra erwähnt, weil ich gedacht habe, zumindest die, die sich damit auskennen, wissen das.

Zweitens. Die Regierung ist nicht an den hohen Energiekosten schuld. Es ist Russland, es ist Putin mit seinem Angriffskrieg. Er hat das Ganze ausgelöst. Natürlich gab es vorher auch eine Inflation, und die Mineralölpreise sind die ganze Zeit gestiegen, überhaupt die Kosten für Energie.

(Zuruf von der AfD: Nicht wahr!)

Aber der eklatante Anstieg ist erst in diesem Jahr geschehen. Vorher waren die Preise halb so hoch.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Abgeordnetem Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Pittner, Sie wollen die Pendler- bzw. Entfernungspauschale indexieren. Sie haben darauf hingewiesen, dass das mit gewissen Schwächen verbunden ist. Vielleicht können Sie etwas dazu ausführen, von welchem Preisindex diese Pauschale abhängig gemacht werden soll.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Wir haben es bewusst offengehalten.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Das liegt daran, dass wir euch in eurer Regierung in Berlin nicht dreinreden wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Lachen bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

So wie wir bei euren unsinnigen Anträgen immer auf diesen Punkt hinweisen, wenn ihr sagt, der Staat soll bei den Gemeinden reinreden und reinregieren, machen wir es auch umgekehrt nicht, wenn wir keine Zuständigkeit haben. Wir wollen ein bestimmtes Ziel erreichen, nämlich die Erhöhung der Pendlerpauschale und die Indexierung. Dann ist es Aufgabe des Bundesministeriums und im Übrigen des Bundestages, dies umzusetzen. Wenn ich mich hinstelle und sage, mach dies und jenes, dann freut sich zwar

der Herr Güller, aber ich bin sicher, seinen SPD-Kollegen in Berlin würde das Lachen vergehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege Pittner. – Ich gebe bekannt, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/24638 betreffend "Langfristige Laufzeitverlängerung der bayerischen Kernkraftwerke jetzt sichern!" namentliche Abstimmung beantragt hat. – Ich rufe als nächste Rednerin Frau Abgeordnete Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungsfractionen CSU und FREIE WÄHLER fordern jetzt endlich eine Anpassung der Pendlerpauschale. Genau das haben wir als AfD-Fraktion schon vor einem Jahr gemacht. Erinnern Sie sich? Am 26. Oktober 2021 haben wir Sie aufgefordert, sich beim Bund für die Erhöhung der Pendlerpauschale auf 40 Cent pro Kilometer ab dem ersten Kilometer einzusetzen. Sie reagierten wie immer, nämlich gar nicht. Am 10. Februar dieses Jahres forderten wir deshalb erneut die Erhöhung der Pendlerpauschale auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer, rückwirkend zum 1. Januar. Sie taten, was Sie offenbar am besten können: gar nichts. Deshalb forderten wir am 30. Juni – die Aufmerksameren unter Ihnen ahnen es bereits – ein drittes Mal die Erhöhung der Pendlerpauschale. Sie reagierten sofort mit noch mehr Untätigkeit.

Heute, weitere vier Monate später, legen Sie endlich einen Dringlichkeitsantrag zu diesem Thema vor. Das alles beweist mal wieder: Wenn Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN gerade mal nicht mit Selbstbereicherung beschäftigt sind, versuchen Sie, mit AfD-Themen beim Wähler zu punkten.

(Beifall bei der AfD)

Das ehrt uns. Die drängenden Probleme der Menschen in unserem Land lösen Sie mit Ihrer kopflosen Flickschusterei aber nicht; denn die Hütte brennt. Jetzt möchte der Brandstifter den Feuerwehrmann spielen.

Die CSU hat jahrzehntelang aktiv eine physikalisch unmögliche Energiewende inklusive der massiven Verteuerung von Kraftstoffen vorangetrieben, als ginge es darum, den "Robert-Habek-Preis für hundsmiserable Wirtschaftspolitik" zu gewinnen. Sie haben hysterischer nach dem Ausstieg aus der Kernkraft geschrien als die Straßenkleber von der "Letzten Generation". Allen voran Herr Söder, der heute wieder einmal nicht da ist, der als damaliger Wirtschaftsminister sogar mit Rücktritt drohte, falls Bayern nicht aus der Kernkraft aussteigen sollte.

(Zurufe von der CSU)

Damit steht Söder symbolisch für die letzte Generation einer komplett gescheiterten CSU.

(Beifall bei der AfD)

Eine Dynamisierung des Pendlerpauschbetrags ist zu begrüßen, wenn dieser rückwirkend zum 1. Januar auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer erhöht wird. Diese 40 Cent müssen auch die Basis für künftige dynamische Anpassungen sein.

Was Sie fordern, ist aber wieder mal nichts Halbes und nichts Ganzes, sondern irgendetwas zwischen fränkischer Bratwurst und oberbayerischem Leberkäs. Handeln Sie doch einmal ganzheitlich und entschlossen! Sie schreiben in Ihrem Dringlichkeitsantrag selbst, dass der Staat erhebliche Mehreinnahmen aufgrund der hohen Preissteigerungen bei Kraftstoffen hat. Durch weitere Kürzungen bei Ausgaben für die Energiewende und der Förderung von E-Autos könnten viele weitere Milliarden Euro eingespart werden. Damit gibt es im Haushalt also einen Spielraum für weitere Erhöhungen und Dynamisierungen beim Grundfreibetrag, beim Sparerpauschbetrag und bei der Erbschaftsteuer.

Wir fordern Sie mit unserem Nachzieher dazu auf, diesen Spielraum endlich für unsere Bürgerinnen und Bürger zu nutzen. Darüber hinaus fordern wir schon lange die weitestmögliche Absenkung sämtlicher Energiesteuern, die Abschaffung der CO₂-Steuer und der EEG-Umlage und die Einführung eines steuer- und umlagebefreiten Grundstrombedarfs privater Haushalte. Lassen Sie sich doch von der AfD inspirieren, und handeln Sie endlich ganzheitlich.

(Lachen – Margit Wild (SPD): Um Gottes willen! Von einer braunen und faschistoiden Partei!)

Alle Maßnahmen finden Sie in unseren Anträgen, die Ihnen schon seit Monaten vorliegen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Ebner-Steiner, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kerstin Schreyer, CSU-Fraktion.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrte Frau Ebner-Steiner, ich hätte eine Nachfrage. Sie haben gerade formuliert, dass Markus Söder Wirtschaftsminister war. Könnten Sie mir da bitte Nachhilfe geben? Denn nach meiner Kenntnis war Markus Söder schon in vielen Funktionen tätig, aber noch nicht als Wirtschaftsminister. Oder könnte es sein, dass Sie vielleicht auch hier mit der Faktenlage nicht so genau umgehen, wie bei all den anderen Punkten, die Sie gerade dargestellt haben?

(Beifall bei der CSU)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Er war Finanzminister, und selbstverständlich ist Herr Söder verantwortlich für die Misere, in der wir uns in diesem Land hier befinden. Deswegen würde ich Ihnen raten, nicht mit dieser Person als Spitzenkandidat in diese Landtagswahl zu gehen; denn ansonsten wird es mit der CSU auch weiterhin bergab gehen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer (CSU))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Markus Büchler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kommen wir vom Geschrei wieder zurück zur Sache. Die Regierungsfaktionen haben vor, die Pendlerpauschale zu erhöhen und fortzuschreiben, sie dynamisch anzupassen. Ja, man muss die Pendlerpauschale tatsächlich überarbeiten, aber nicht in dieser Form, sondern man muss sie sozial und ökologisch ausgestalten.

Auf den Weg hat sich die Bundesregierung begeben. Sie will die Pendlerpauschale überarbeiten, und zwar dahin gehend, dass sie nicht mehr nur Gutverdienenden nützt, wie Sie es ja sogar noch intensivieren wollen, sondern dass sie allen Menschen nützt, zum Beispiel mit einem Mobilitätsgeld oder zumindest einmal dadurch, dass man die Pendlerpauschale nicht vom zu versteuernden Einkommen, sondern von der Steuer-schuld abzieht. Dann wäre den wenig und mittelmäßig verdienenden Leuten – und das sind die, die tatsächlich die weiten Wege in die Arbeit fahren müssen, zum Teil auch in den ländlichen Räumen – schon mal deutlich mehr geholfen.

Ganz davon abgesehen schreiben Sie in der Begründung Ihres Antrags ja noch von einem kontinuierlichen Ausbau des ÖPNV in Bayern, vertaktet und hochwertig. Da frage ich mich schon: Reden Sie von Bayern, oder wann fangen Sie mal damit an, das tatsächlich in Bayern auch zu machen? Wenn Sie das ganze Geld, was ja Bundesmit-tel sind, in die Pendlerpauschale versenken wollen, dann fehlt es uns halt beim ÖPNV. Und ich glaube, das, was wir im ganzen Land am dringendsten brauchen, ist letztlich das, was Sie in der Begründung skizzieren, nämlich ein gescheiter ÖPNV, flächende-ckend im ganzen Land. Das hilft dann nämlich wirklich den Leuten, die in die Arbeit fahren müssen, am allermeisten beim Geldsparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke sehr, Herr Dr. Büchler. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Harald Güller das Wort.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Man fragt sich an der Stelle doch wirklich: Haben die FREIEN WÄHLER und die an dieser Stelle in Nibelungentreue verbundene CSU wirklich kein anderes Thema für ihren Dringlichkeitsantrag, als die Pendlerpauschale – korrekt heißt sie Entfernungspauschale – mittels Preisindexierung zu verändern? Da muss man sich doch wirklich fragen: Sind Sie wirklich noch im Vollbesitz Ihrer geistig-politischen Kräfte? – Man kann das deutlich bezweifeln, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Der Verbraucherpreisindex würde bedeuten, dass wir an dieser Stelle eine Veränderung zwischen 5 und 10 % haben. Kollege Pittner sagt nicht ganz zu Unrecht: Na ja, ganz sauber ist die Lösung, die ich vorschlage, hier nicht. Nein, die Lösung ist nicht bloß nicht sauber, diese Lösung ist auch nicht funktionsfähig. Diese Lösung ist schlicht und einfach falsch, Kolleginnen und Kollegen.

Der Bund, mit Scholz und Ampel, macht einen "Doppel-Wumms" mit 200 Milliarden Euro. Der Bund schützt die Menschen in der Krise mit Gaspreisbremse und Strompreisbremse. Die kalte Progression wird bekämpft, und die direkten Hilfen für die Menschen werden im November und Dezember ausbezahlt.

Und was machen Sie in der Staatsregierung in dieser Krise? – Nichts! Sie verharren in Schockstarre und zeigen mit dem Finger immer nach Berlin. Nur Luftnummern! Der bayerische Härtefallfonds in Höhe von einer Milliarde Euro kommt irgendwann. Er wurde mehrfach angekündigt, aber null umgesetzt. Der Haushaltsentwurf 2023, den wir so schnell brauchen – das haben wir gerade in der Debatte wieder gehört –: Fehlanzeige! Das ist Arbeitsverweigerung.

Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle wieder auf den Bund zu zeigen, noch dazu mit völlig falschen Vorschlägen für Maßnahmen, ist tatsächlich armselig.

(Beifall bei der SPD)

Ausgerechnet mit der Pendlerpauschale, der Entfernungspauschale, die doch in den letzten Monaten extra noch mehrfach geändert worden ist. Natürlich kann man da noch mehr machen. Aber wenn man etwas machen will – da gebe ich dem Kollegen Böhler von den GRÜNEN recht –, muss man in der Struktur etwas verändern und nicht nur mit einer Preisindexierung.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss: Im Ranking am Ende dieser Periode ist das einer der überflüssigsten Dringlichkeitsanträge dieser Legislaturperiode. Mit diesem Antrag liegt ihr gut – um nicht zu sagen: sehr gut – im Rennen. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Güller. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Harald Güller hat gerade einen emotionalen Vorschlag gemacht. Damit tue ich mich ein bisschen schwer. Ich versuche, es ein bisschen auf die sachliche Ebene zurückzuholen.

Die Pendlerpauschale ist in letzter Zeit angepasst worden. Es war geplant, sie mit dem Klimapaket anzupassen. Das ist dann durch das Entlastungspaket vorgezogen worden, zumindest ab dem Kilometer 21. Wir als FDP hätten uns auch vorstellen können, das ab Kilometer 1 zu machen. Aber das ist ein anderes Thema.

Insgesamt sind wir der Meinung, dass wir dem Thema Individualverkehr nach wie vor eine hohe Priorität geben müssen, egal, ob der Motor jetzt mit Benzin, Strom, Wasser-

stoff oder sonst etwas betrieben wird. Insofern denke ich, dass man da schon entsprechende Maßnahmen ergreifen muss.

Aber zum Antrag selbst: Ich halte ihn für ziemlich unausgegoren, muss ich sagen, abgesehen davon, dass man jetzt wieder mal ganz vorsichtig – wie man es von den FREIEN WÄHLERN kennt – nicht genau schreibt, was denn mit "preisindexiert" gemeint ist, ob damit Inflation, Verbraucherpreisindex oder sonst etwas gemeint ist.

Was mich am meisten stört: Wir hatten vor zwei Wochen eine Diskussion zum Thema Inflationsanpassung des Steuertarifs. Das ist massiv abgelehnt worden, erstens mal wegen der Zuständigkeit und zweitens wegen der Systematik. Und was wird jetzt gemacht? – Jetzt wird gefordert, einen Teil der Bemessungsgrundlage zu indexieren oder zumindest flexibel zu machen. Das heißt also, den Steuertarif, der auf der Bemessungsgrundlage aufbaut, den wollte man nicht ändern. Aber einen Teil davon will man jetzt ändern. Das ist steuersystematisch wirklich so verquer! Was kommt denn da raus, wenn ich an ein paar Stellen Hochrechnungen mache? – Dann passt das hinten und vorne nicht zusammen. Das ist also ein Widerspruch in sich. Das kann man eigentlich nur ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Swoboda, es tut mir leid, Sie waren zu spät dran. Aber Sie haben im Laufe der Plenarsitzung noch genügend Gelegenheit, sich weiter zu Wort zu melden. – Vielen Dank, Herr Dr. Kaltenhauser. Nächster Redner ist Herr Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Entfernungspauschale, im Volksmund Pendlerpauschale genannt, ist heute zu Recht auf der Tagesordnung des Bayerischen Landtags. Wer bis jetzt noch nicht begriffen hat, wie schwer es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insbesondere im ländlichen Raum angesichts der gestiegenen Spritpreise haben, wird es ganz offensichtlich nie verstehen. Herr Kollege Güller, ich nehme mit Interesse zur

Kenntnis, dass Sie offensichtlich der Meinung sind, dass das eine der nutzlosesten Initiativen aller Zeiten ist. Sie sind damit im ländlichen Raum endgültig unwählbar geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Es ist ja auch bezeichnend, dass sich die SPD auf so etwas konzentriert, weil sie sagt, dass sie sowieso eher für das Zentralisieren ist. Die Leute sollen am besten alle in die Städte. Die GRÜNEN machen da auch gleich munter mit.

Wissen Sie, wer von einem solchen Antrag, wie er jetzt eingebracht wird – nämlich ab dem ersten Kilometer 38 Cent und dann dementsprechend auch angepasst –, profitieren würde? – Das sind die jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich familiär noch nicht gebunden haben, die sich überlegen, ob sie in ihrer Heimat bleiben, weil sie den ersten oder zweiten Job antreten und dementsprechend auch ab dem ersten Euro Steuern zahlen, weil sie nämlich ein entsprechendes Gehalt bekommen.

Sie sind – und das muss man auch mal deutlich machen – gegen die jungen Menschen, die sich überlegen, wie sie den ländlichen Raum weiterhin stützen können, und nicht abwandern. Sie machen es jungen Menschen schwer, zur Arbeit zu kommen. Sie erzählen ihnen auch noch: Im Grunde genommen ist es uns doch egal, wenn ihr auch noch Geld mitbringen müsst, um zur Arbeit zu kommen. – So muss man das ja verstehen, was Sie hier sagen. – Dann nimmt halt das Bürgergeld in Anspruch. – Vielleicht ist das noch die Konsequenz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, das kann es ja wohl wirklich nicht sein. Schade drum!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn Sie sagen, Moment einmal, wir könnten uns bei der Entfernungspauschale auch noch einiges vorstellen, dann sage ich Ihnen: Ja, machen Sie es doch! Wer hindert Sie denn?

Im Übrigen steht in diesem Antrag ausdrücklich eine "Neuausrichtung" drin. Bei einer Neuausrichtung kann man sich doch vieles vorstellen. Ich weiß gar nicht, was Sie uns vorwerfen, wenn wir sagen, dass wir eine Neuausrichtung möchten. Wir sind doch gesprächsbereit. Ihre Ablehnung eines solchen Antrags heißt doch nichts anderes als das: Wir pfeifen auf Ihr Gesprächsangebot, es interessiert uns überhaupt nicht, was Sie vorhaben; denn wir machen sowieso, was wir wollen. – Das ist nicht demokratisch. Das ist auch nicht parlamentarisch. Das ist einfach ignorant, wie Sie sich da verhalten.

Lieber Kollege Kaltenhauser, ich habe ja Verständnis dafür, dass Sie in dieser Hinsicht versuchen, das aufzudröseln, wie man es am besten machen könnte. Sie haben jetzt wieder erklärt, was Sie sich wünschen bzw. nicht wünschen. Ich habe es Ihnen aber schon beim letzten Mal gesagt: Sie tun sich immer schwerer, Ihrer Wählerklientel zu erklären, warum Sie eigentlich noch in dieser Koalition sind; denn das, was Sie vorhin hier am Rednerpult gesagt haben, war nicht an uns gerichtet. Das war weder an die Fraktion der FREIEN WÄHLER noch an die CSU-Fraktion gerichtet, sondern an Ihre beiden Koalitionspartner in Berlin, die Ihnen aber nicht mal mehr zuhören.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die hören Ihnen nicht einmal mehr zu. Es liegt in Ihrer Verantwortung, den Menschen da draußen zu erklären, dass Sie in dieser Regierung sind, um das Schlimmste zu verhindern. Sie tun das aber nicht. Das ist der Vorwurf, mit dem Sie sich in Zukunft auseinandersetzen müssen.

Ich sage Ihnen klipp und klar: Wer den Freistaat Bayern und gleichwertige Lebensverhältnisse liebt und voranbringen will, der kommt nicht drum herum, die Entfernungspauschale ab dem ersten Kilometer mit 38 Cent zu gewähren und sie an die Preisent-

wicklung anzupassen. Deswegen glaube ich, dass dieser Antrag genau das ist, was dieses Land braucht. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es gibt zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Harald Güller von der SPD.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege, über welchen Antrag haben Sie gerade geredet? Ein Gesprächsangebot zur Neuausrichtung der Pendlerpauschale – ja, das können wir machen.

In Ihrem Antrag steht ausdrücklich und als einzige Maßnahme eine Preisindexierung drin. Diese Preisindexierung – so steht es drin; wer lesen kann, ist klar im Vorteil – bedeutet aber, dass Sie beim Verbraucherpreisindex maximal eine Spanne von 5 % bis 10 % haben. Das hält die SPD für den ländlichen Raum für nicht ausreichend. Das schützt den ländlichen Raum nicht. Deswegen sind wir für eine Vielzahl von Maßnahmen an dieser Stelle. Über diese können wir gerne diskutieren. Wenn Sie das in den Antrag hineinschreiben, können wir ihm auch zustimmen, weil wir nicht nur Worthülsen für den ländlichen Raum produzieren, sondern den Menschen dort wirklich helfen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bitte schön.

Michael Hofmann (CSU): Lieber Kollege Güller, Sie können sagen, dass Sie den Menschen helfen, aber Sie tun es nicht. Sagen und Tun sind zweierlei; denn das sieht man nicht in den Gesetzentwürfen, die Sie vorlegen. Da passiert ja nichts.

Ich wiederhole: Im ersten Satz ist die Rede von einer "Neuausrichtung der Pendlerpauschale". Es wird auch darauf hingewiesen, dass die Preisentwicklung in den letzten Wochen und Monaten, die sich voraussichtlich gleichermaßen fortentwickeln wird, dementsprechend zu berücksichtigen ist. In Zukunft wird es nicht reichen, einen Cent-

Betrag festzulegen und sich dann jahrelang nicht um eine Anpassung zu kümmern. Diesem Problem gerecht zu werden, bezweckt dieser Antrag. Dann müssen wir nicht jedes Mal mit euch darüber streiten, ob es gerechtfertigt ist oder nicht.

Wenn Sie das nicht erkennen wollen, dann weiß ich, warum Sie es nicht erkennen wollen. Schade ist es trotzdem. Sie sollten den Leuten dahingehend auch keine Märchen vorlesen. Der erste Satz ist doch das Entscheidende an der Geschichte. Wir haben ein Beispiel dafür genannt, was wir machen wollen und wie wir es machen wollen. Wenn Sie zusätzlich noch interessante Ideen haben, wie wir den Menschen im ländlichen Raum helfen können, wäre ich froh über diese Vorschläge. Allein mir fehlt der Glaube. Auch von der Erfahrung her ist es nicht sehr wahrscheinlich.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Von wem?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Von Herrn Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Kollege Hofmann, abgesehen von Ihrer selektiven Gehörschwäche möchte ich eine Frage aufgreifen. Kollege Pittner hat gesagt, dass die Entfernungspauschale seit dem Jahr 2004 oder 2005 bis zum Jahr 2020 bei 30 Cent gelegen hat. Wann und wie oft hat denn die Union versucht, die Pendlerpauschale in diesen 15 Jahren anzupassen? Der Benzinpreis hat sich nämlich schon vor der Energiekrise und der Ukraine Krise massiv erhöht.

Sie haben gerade begründet, dass man irgendetwas tun muss. Was haben Sie denn in den 15 Jahren gemacht?

Michael Hofmann (CSU): Lieber Kollege Kaltenhauser, wie Sie wissen, hat der Freistaat Bayern – und das sollten Sie eigentlich auch als Landtagsabgeordneter zur

Kenntnis genommen haben – über den Bundesrat jedes Mal, in jeder Legislaturperiode des Bundes, entsprechende Anträge gestellt, um die Entfernungspauschale anzupassen. Sie haben ganz offensichtlich nicht aufgepasst. Das Tragische an der ganzen Geschichte ist, dass wir sogar mit Ihnen in einer Koalition waren. Es ist auch mit Ihnen nicht gelungen, aus welchen Gründen auch immer; darüber können wir lange streiten.

Der entscheidende Punkt ist doch folgender: Schauen Sie sich mal die Preissteigerungen im letzten Jahr an! Schauen Sie sich die an! Wer jetzt nicht reagiert – – Man kann vorher mit vielen Begründungen erklären, warum das notwendig oder nicht notwendig ist. Aber jetzt sollten wir doch nicht mehr darüber diskutieren, warum in der Vergangenheit dieses oder jenes nicht gemacht worden ist. Die entscheidende Frage ist doch, warum diese Koalition in einer derart katastrophalen Lage ganz offensichtlich nach wie vor unwillig ist, den Menschen zu helfen. Diese Frage haben Sie bis heute nicht beantwortet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/24637 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch und Sauter. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Enthaltungen? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Klingen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/24737 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das

ist die AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Plenk, Sauter und Busch. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.